

SEBASTIAN BREHM

Für Nürnberg in Berlin



Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger!

Nach der großen Haushaltsdebatte Anfang September steht der Etatentwurf der Bundesregierung seit dieser Woche auf dem parlamentarischen Prüfstand. Der Haushaltsausschuss startete seine Beratungen mit einer Expertenanhörung. Es war wenig Schmeichelhaftes über das Zahlenwerk zu hören. Mehr dazu lesen Sie in diesem Newsletter.

Unterdessen macht in Berlin eine Horrorzahl die Runde. Im Etat von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil klafft ein Loch von fast zehn Milliarden Euro beim Bürgergeld. Damit wächst das Haushaltsloch für 2025 auf mindestens 22 Milliarden Euro. Die Zahl der Empfänger von Bürgergeld werde um 600.000 sinken, erklärt Heils Ressort und verweist auf die noch nicht beschlossene Wachstumsinitiative. „Nicht wahrscheinlich“, sagt der Bundesrechnungshof dazu und verwirft das Heilsche Prinzip Hoffnung.

Zum Haushalt brachte die rot-grün-gelbe Bundesregierung in dieser Woche noch vier Begleitgesetze ein. Die Bundesregierung lobte sich dabei u.a. für eine Steuerentlastung der Bürgerinnen und Bürger. Ein bisschen viel Eigenlob: Denn mit der Anpassung des steuerfreien Existenzminimums sowie der

Erhöhung des Kinderfreibetrags und des Kindergeldes erfüllt die Ampel gerade einmal die verfassungsrechtlichen Mindestanforderungen. Und junge Familien drohen zu den Verlierern der Reformpläne zu werden. Hier geht es zu meiner Rede. Mehr dazu auch in diesem Newsletter.

Unterdessen schwelt die Fördermittelaffäre von Bildungsministerin Stark-Watzinger weiter. Auch eine Debatte im Bundestag führte in dieser Woche nicht weiter. Die FDP-Politikerin setzt weiter auf Aufklärungsblockade – nichts sagen und Maulkörbe verteilen. In ihrem Ministerium waren Überlegungen angestrengt worden, ob man kritische Wissenschaftler durch Entzug von Forschungsförderung disziplinieren könnte.

Eigentlich sollte in dieser Woche auch das neue Sicherheitsgesetz verabschiedet werden, das die Ampel als Konsequenz aus dem islamistischen Anschlag in Solingen angekündigt hat. Doch man ist wieder einmal heillos zerstritten. Und ein Gesetzentwurf von CDU und CSU für mehr Sicherheit wurde von der Koalition im zuständigen Ausschuss blockiert und kam so nicht auf der Tagesordnung des Parlaments.

Ich wünsche Ihnen trotz allem eine gute Woche und viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters

Es grüßt Sie herzlich
Ihr Sebastian Brehm

Etatentwurf stößt bei Experten auf erhebliche Bedenken



„Finanz- und verfassungsrechtlich problematisch“ – lautete das überwiegende Urteil der Experten in einer Anhörung des Bundestags-Haushaltsausschusses zum Etatentwurf 2025. Selbst von den Regierungsfractionen benannte Sachverständige hatten Bedenken vor allem wegen der Höhe der sogenannten Globalen Minderausgabe (GMA) von zwölf Milliarden Euro, immerhin drei Prozent des Haushaltsvolumens. Nur dank der Annahme, diese Summe lasse sich im Laufe des Jahres bei den Ausgaben noch irgendwie einsparen, kommt die Regierung zu einem verfassungskonformen Etat.

Die GMA sei da, um Prognoseschwierigkeiten und Schätzungenauigkeiten abzubilden, nicht aber um einen Haushaltsausgleich herbeizuführen oder gar „nur zum Schein herbeizuführen“, erklärte der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftler von der Pariser Hochschule HEC, Prof. Armin Steinbach. Der von den Grünen benannte Berliner Staatsrechtler Prof. Alexander Thiele vermisste vor allem eine stichhaltige Begründung für die hohe GMA. Der Verweis der Regierung auf die „empirische Erfahrung“, dass Mittel in dieser Größenordnung

am Jahresende nicht abgerufen worden seien, „bringt verfassungsrechtlich nicht viel“.

Auch die Globalen Mehreinnahmen, die sich aus der geplanten Wachstumsinitiative ergeben sollen, wurden in Zweifel gezogen. Die Vorsitzende des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Prof. Monika Schnitzer nannte die erwartete Wirkung der Initiative „eher überschätzt“. Und der Vorsitzende des unabhängigen Beirats des Stabilitätsrats, Prof. Thies Büttner von der Universität Erlangen-Nürnberg, rechnete vor, dass bei einem Prozent Wachstum vier Milliarden Euro mehr Steuermehreinnahmen zu erwarten sind. Wie die Regierung bei einem geschätzten halben Prozent Wachstum auf 6,9 Mrd. Euro Mehreinnahmen komme, sei ihm „unerklärlich“.

„Problematisch“ nannte der Münchener Professor für Öffentliches Recht Dr. Stefan Koriath auch das Vorhaben, der Deutschen Bahn statt eines Zuschusses Gelder zur Eigenkapitalerhöhung sowie ein Darlehen mit 34 Jahren Laufzeit bereitzustellen, um damit eine Anrechnung der Milliarden auf die Schuldenbremse zu umgehen. Der Heidelberger Finanz- und Steuerrechtler Prof. Hanno Kube stellte in Frage, ob es sich dabei um ein verfassungskonformes Verfahren handele. Seine Begründung: Es sei nicht erkennbar, dass die defizitäre Bahn den Kredit jemals aus eigener Kraft bedienen könne. Wenn die Rückzahlung des Kredits aber nicht möglich sei, seien die Bahn-Milliarden Subventionen, die auf die Schuldenbremse angerechnet werden müssten.

Die Schuldenbremse aber ist bereits ausgereizt. Scheitert der Bahnschulden-Trick, droht der Haushalt die Schuldenbremse zu reißen.



Sebastian Brehm: „Das Expertenurteil ist verheerend. Es entlarvt den Etatentwurf als modernes Märchen vom Dukaten-Esel. Und die jüngste Rezessionsprognose der Konjunkturforscher stellt zudem die Grundlage des Etats in Frage. Ohne grundlegende Änderungen ist kein verfassungskonformer Haushalt möglich.“

Neuer Papierkram



Im Jahressteuergesetz lockt die Koalition mit einem Mobilitätsbudget von bis zu 2.400 Euro pro Arbeitnehmer. Hört sich gut an, entpuppt sich aber bei näherem Hinsehen als neues Bürokratiemonster – sowohl für Beschäftigte als auch für die Arbeitgeber. Denn das Budget ist keine steuerfreie Pauschale, sondern ein Auslagenersatz zusätzlich zum Arbeitsentgelt, der mit 25 Prozent pauschal versteuert werden muss. Und das bedeutet für die Beschäftigten: Belege sammeln, damit der Arbeitgeber die Zahlung berechnen kann. Zudem muss der Arbeitgeber dafür jeden Beleg einzeln erfassen.



Sebastian Brehm: „Es geht kaum umständlicher. Dabei wäre eine einfache Lösung möglich – die Erhöhung der Kilometerpauschale.

Stattdessen kommt neuer Papierkram.“

Gesetzentwurfslawine nach steuerpolitischem Tiefschlaf



Die Bundesregierung ist nach der Sommerpause aus dem steuerpolitischen Tiefschlaf erwacht. Das Beste vorweg: Wer als Hobbybrauer zu Hause Bier braut, der kann in Zukunft bis zu 5 Hektoliter steuerfrei genießen; bisher waren es 2 Hektoliter. Lang genug hat es gedauert. Auch die steuerliche Forschungsförderung – einst ein rotes Tuch für die SPD – soll verbessert werden.

Doch vieles in den neuen Steuergesetzen scheint schlecht durchdacht – so schlecht, dass der Bundesrat etwa zum Jahressteuergesetz schon 90 Änderungen anmahnte. Und die Ampelfraktionen kündigten an, die eine oder andere neue Bestimmung wieder zu streichen. Während die Regierung von Bürokratieabbau spricht, wird – wie etwa beim Mobilitätsbudget – neue Bürokratie geschaffen.

Anderes, das die Regierung hervorgehoben hat, ist schlicht verfassungsrechtlich Pflicht – wie die Anpassung des Grundfreibetrags für 2025 auf 12.084 Euro und des Kinderfreibetrags auf 6.672 Euro. Das gilt nicht nur für 2025. Sogar für 2024 muss die Ampel die Freibeträge noch einmal auf 11.784 bzw. 6.612 Euro anheben, weil sie entgegen allen Warnungen zuvor falsch gerechnet hatte.

Für junge Familien aber bedeutet die geplante Streichung der Steuerklassenkombination 3/5

Einbußen. Denn das Elterngeld wird auf Basis des Nettoeinkommens errechnet – und das ist in Steuerklasse 3 höher als künftig in Klasse 4. Über das Jahr gerechnet, bedeutet das schnell ein komplettes Nettomonatseinkommen weniger.



Sebastian Brehm: „Auch die Freude über die Entlastung der Steuerzahler wird nicht lange anhalten. Die geringere Einkommensteuer wird von

den deutlich steigenden Beiträgen zur Pflege- und Krankenversicherung mehr als aufgefressen.“
Hier geht es zu meiner [Rede](#).

Neue Belastungen für die Landwirtschaft



Den Landwirten droht neues Ungemach aus Berlin. Nach den Bauernprotesten zu Jahresbeginn gegen das Agrardiesel-Aus hatte die Bundesregierung ein Entlastungspaket für die

Landwirtschaft versprochen. Aber während das stufenweise Aus für den Agrardiesel bereits durchgeboxt wurde, kam bei den Entlastungen nur ein kleines Päckchen heraus, das immer noch nicht in Kraft treten konnte.

Während die Betriebe also noch immer auf die versprochene Entlastungen warten, droht nun mit einer Änderung des Tierschutzgesetzes und des Tiererzeugnisshandels-Verbotsgesetzes eine neue Milliardenbelastung. Für die Landwirte bedeuten die geplanten Änderungen Neubau oder Nachrüstung von Gebäuden, neue Anlagen, Maschinen und Infrastruktureinrichtungen – und noch mehr Bürokratie. Und mit dem Jahressteuergesetz drohen kleineren Betrieben durch die Absenkung des Durchschnittssteuersatzes für pauschalierende Landwirte zusätzliche Einkommenseinbußen von 95 Millionen Euro ins Haus.



Sebastian Brehm: „Die Berliner Koalition täuscht Entlastungen für die Landwirtschaft nur vor. Tatsächlich kassiert sie weiter ab. So bleibt den Bauern am

Ende weniger als vorher. Das ist eine Politik der ständigen Wortbrüche. Diese unfaire Politik gegenüber unseren Landwirten, die das Land tagtäglich mit hochwertigen Lebensmitteln versorgen, muss ein Ende haben. Dafür werde ich mich in Berlin stark machen.“

Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

030-227-74074 • Fax 030-227-70072

sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.